

Patentschutz im Corona-Zeitalter

Staatliche Interventionen wie Patentfreigabe oder umfassende Zwangslizenzen sind unnötig, ja schädlich. Innovation setzt Schutz voraus, schutzfeindliche Eingriffe sind somit innovationsfeindlich. **PETER V. KUNZ**

Zu Kriegs- oder sonstigen Krisenzeiten können regelmässig zwei Phänomene beobachtet werden: ein Innovationsschub in der Wirtschaft – technische Fortschritte, neue Industrien usw. – sowie ein stark zunehmender, teils sogar überhandnehmender Staatsinterventionismus, beispielsweise durch Verstaatlichungen, Preis- oder Exportkontrollen. Obwohl beide Entwicklungen der Krisenbewältigung dienen (sollen), besteht ein antagonistisches Verhältnis, zumindest potenziell. Wie verhält es sich in der Coronakrise?

Weltweit einzigartig seit dem Zweiten Weltkrieg mischen sich Staaten wegen Covid-19 momentan nicht allein in Alltagsfragen, sondern ebenso in Grundsatzfragen zur Zukunft ein. In der Schweiz übernehmen Bundesrat und Behörden in weiten Teilen die Federführung, fast nach dem Motto «je mehr Staat, desto besser». Während der Staat mit der einen Hand einige Wirtschaftsbereiche, etwa die Gastrobranche, «kalt enteignet», werden mit der anderen Hand grosszügig Bundesmittel verteilt, zulasten der zahlungspflichtigen Nachfolgenerationen.

Nicht allein Bundesräte, Beamte und Politiker (sowie Professoren) nutzen die Möglichkeit, sich in Szene zu setzen. Ebenso vermögen sich einige Wirtschaftsbranchen mit Corona zu profilieren, teils weniger finanziell als reputationsmässig – nach wirtschaftskritischen Debatten zu «Abzockern» und «Konzernverantwortung» sicherlich eine wohlthuende Rehabilitation. Gelobt wurden anfänglich die Banken («Covid-19-Kredite»), heute im Vordergrund steht die Pharmaindustrie, die eine Hauptrolle beim Testen und bei den Impfstoffen spielt.

Impfstoffe dank privater Initiative

Lob scheint ja auf den ersten Blick angebracht. Anscheinend haben sich weltweit mehr als 200 private Pharmaunternehmen um die Entwicklung von entsprechenden Impfstoffen bemüht. Binnen Rekordzeit wurden wirksame Covid-19-Vakzine entwickelt, wobei am innovativsten nicht Grossunternehmen wie Merck, Sanofi oder GSK waren, sondern kleine Gesellschaften wie Moderna oder BioNTech. Insofern trug weniger der Staat zu einer Lösung bei als vielmehr die Impfstoffwirtschaft, mit privater Initiative und der Bereitschaft zum Risiko.

Doch natürlich folgt, fast unvermeidlich, eine legale Neiddebatte im traditionellen Spannungsverhältnis «Staat versus Wirtschaft». Wem gehören die Impfstoffe: «Big Pharma» oder «uns» (ehrlicher wäre: dem Staat)? Dürfen Private wirklich Patente auf Vakzine gegen Co-

vid-19 erteilt erhalten und – horribile dictu – allenfalls sogar Gewinn machen? Sollten nicht eher Patentfreigaben oder Zwangslizenzen für Coronaimpfstoffe vorgeschrieben werden?

Gewisse geistige Errungenschaften, die wertvoll sowie für den Fortschritt wichtig erscheinen, können rechtlich abgesichert und damit bewusst gefördert werden, nämlich durch sogenannte Immaterialgüterrechte, beispielsweise Marken- und Designrechte oder Patentrechte auf Erfindungen. Den Inhabern solcher Rechte wird, etwas trivialisiert, ein meist befristetes Monopol gewährt, sodass das Kopieren ihres geistigen Eigentums verhindert werden kann. Mit dem Schutz sollen insbesondere die hohen Investitionen amortisiert sowie die Risiken belohnt werden. Das Patentrecht beruht im Wesentlichen auf dem Grundsatz «ohne Patentschutz keine Forschung und Entwicklung». Gelten diese Prinzipien ebenso im Coronazeitalter?

Klare Antwort: Jein, denn in der Tendenz scheinen die Politik und gewisse Politiker patentrechtlich intervenieren zu wollen. Diskutiert werden zu Coronavakzinen sowohl Patentfreigaben als auch Zwangslizenzen. Dass dadurch die Wirtschaftsfreiheit im Allgemeinen und die Vertragsfreiheit im Besonderen ausgehebelt würden, interessiert meist nur am Rand.

Das internationale Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (Trips), gültig auch für die Schweiz, sieht in Artikel 31 unter strengen Voraussetzungen die Möglichkeit für Zwangslizenzen vor; Indien, Südafrika und weitere Staaten haben bei der WTO jüngst jedoch Erleichterungen für Coronazwangslizenzen beantragt. In der EU werden zudem Exportverbote und in Deutschland eine Zwangsbewirtschaftung diskutiert. Politiker in der Schweiz waren bereits im Mai 2020 aktiv, durch zwei Interpellationen von Nationalrat Molina und Ständerätin Carobbio (beide SP). Der Bundesrat zeigte sich damals noch liberal, indem in den Antworten «freiwillige Ansätze» sowie «freiwillige Lizenzvergaben» befürwortet und Zwangslizenzen «nur als letztes Mittel» betrachtet wurden. Der Bundesrat hielt realistisch fest, dass allfällige Zwangsmassnahmen «abschreckend oder behindernd für ausreichende Investitionen in Forschung und Entwicklung wirken» würden. Wie verhält es sich eigentlich mit der heutigen Rechtslage in der Schweiz?

Eine Patentfreigabe, also eine Nichterteilung oder ein mindestens temporärer Entzug des Patents, sieht das schweizerische Recht nicht vor. Sollte eine gesetzliche

Grundlage für eine solche «Enteignung» geschaffen werden, wäre sie bundesverfassungswidrig. Die einzige Möglichkeit für eine Patentfreigabe wäre somit der legislative «Zweihänder»: bundesrätliches Notrecht, das jedoch derzeit nicht zur Debatte stehen kann. Bereits heute kommt eine Zwangslizenz als «Lizenz im öffentlichen Interesse» vor: «Wenn es das öffentliche Interesse verlangt, kann derjenige, dessen Lizenzgesuch vom Patentinhaber ohne ausreichende Gründe abgelehnt worden ist, beim Richter auf Erteilung einer Lizenz für die Benützung der Erfindung klagen» (Art. 40 Patengesetz). Diese gesetzliche Ordnung, die in der Praxis kaum genutzt wird, ist sachgerecht. Es braucht wenig Fantasie, um zu prophezeien, dass sich ein Richter – gerade bei andauernden Impfstoffproduktionsproblemen für Coronavakzine – grosszügig zugunsten eines Klägers zeigen dürfte, wenn es um die Interpretation von «öffentliches Interesse» oder «ohne ausreichende Gründe» geht.

Immaterialgüter schaffen Anreize

Eine rein privatwirtschaftliche Betrachtungsweise muss relativiert werden für den Fall und im Rahmen von staatlichen Anschubfinanzierungen, die etwa in den USA vorkamen (Stichwort: Operation Warp Speed). Unbesehen dessen sollte nicht vergessen werden, dass der entscheidende Antrieb für Impfstoffentwicklungen jeweils marktwirtschaftliche Eigeninteressen sind. Es braucht also wieder einmal einen liberalen Weckruf.

Die Schweiz basiert auf einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, die ökonomische Grundrechte wie die Wirtschaftsfreiheit, die Eigentumsgarantie oder die Forschungsfreiheit gewährleistet. In privaten Konkurrenzverhältnissen gilt der Wettbewerb als Regel und das Monopol als Ausnahme. Doch es existieren auch «gute» Monopole, nämlich die Immaterialgüterrechte, sodass staatliche Interventionen wie Patentfreigaben oder umfassende Zwangslizenzen nicht allein unnötig, sondern sogar schädlich wären. Immaterialgüter (und gerade Patente auf Erfindungen) erweisen sich als wettbewerbsrechtliche Freizonen, damit sie Anreize für Unternehmen und für ihre Investoren schaffen, um überhaupt Risiken einzugehen.

Weite Teile der Wirtschaft leiden unter den strengen staatlichen Massnahmen wegen Covid-19. Dass in der Politik (und in vielen Medien) die Schnellentwicklung von Coronavakzinen als Selbstverständlichkeit betrachtet wird, spricht nicht für ihren Realitätsbezug. Innovation setzt Schutz voraus, schutzfeindliche Staatsinterventionen erweisen sich folglich als innovationsfeindlich. Der eingangs erwähnte Antagonismus sollte daher zugunsten der Innovation entschieden werden, oder anders ausgedrückt: Hände weg vom Patentschutz!

Peter V. Kunz ist Professor für Wirtschaftsrecht und für Rechtsvergleichung an der Universität Bern.



«Der einzige Weg für eine Patentfreigabe wäre bundesrätliches Notrecht.»

Keine Angst

Die Anleger haben keine Angst mehr vor einem Crash. Zu diesem Schluss kommt, wer einen Blick auf den US-Volatilitätsindex Vix wirft. Der Angstbarometer genannte Gradmesser ist Anfang Woche zum ersten Mal seit rund 250 Tagen unter 20 gefallen. Auch der VSMI, das Schweizer Pendant zum Vix, notiert unter 20. Ein Wert von 20 bedeutet zwar noch immer Nervosität, doch die Zeiten wie zu Beginn der Pandemie, als das Angstbarometer auf 80 stand, sind vorbei.

Nur ein Mal, und zwar zwischen August 2008 und Dezember 2009 während der Finanzkrise, notierte der Index länger über 20. Zuletzt hatte ich an dieser Stelle Mitte November und davor im Oktober auf das Angstbarometer geblickt. Damals notierte es auf 25. «Die Ampeln für den Aktienmarkt stehen auf Grün», war die Schlussfolgerung. Das hat sich bewahrheitet. Der S&P-500-Index ist in dieser Zeitspanne über 10% avanciert.

Auch jetzt stehen die Ampeln am Aktienmarkt auf Grün. Die rückläufige Volatilität ist ein wichtiges Puzzleteil, das für höhere Aktienkurse spricht. Daran ändern auch die spekulativen Auswüchse rund um Bitcoin und GameStop sowie die hohen Bewertungen wenig. Wir stehen am Anfang eines Konjunkturzyklus, und der Zinsanstieg wird sich dank den Notenbanken in engen Grenzen halten. Das unterstreicht das Fehlen von Alternativen zu Aktien.

Der Vix notiert mittlerweile zwar wieder leicht über 20, doch das sollte die Anleger nicht beunruhigen. Die Volatilität dürfte in den nächsten Wochen um den Wert von 20 schwanken, und das ist gute Kunde. Das Angstbarometer ist im Moment allerhöchstens ein Sorgenbarometer.



JAN SCHWALBE
Chefredaktor
zum Thema
Aktienmarkt

Putin ist in die Defensive geraten

Der Kreml glaubt, mit der Inhaftierung des Oppositionspolitikers Alexei Nawalny werde dessen Einfluss schwinden. Doch das Gegenteil ist der Fall. **ANDREI KOLESNIKOW**

Seit die Russen begonnen haben, gegen die Inhaftierung von Oppositionsführer Alexei Nawalny zu protestieren, verfügen die Sicherheitskräfte offenbar über einen Freibrief zur Verhaftung der Demonstranten – und davon wird auch Gebrauch gemacht, wie die mittlerweile in die Tausende gehende Zahl der Verhafteten zeigt. Die offizielle Reaktion auf die Proteste geht über die bisherige Repression des Kremls hinaus. Es herrscht Krieg.

Nawalny ist schon lange ein prominenter Gegner von Präsident Wladimir Putin. Doch Nawalyns Festnahme in Moskau – unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Deutschland, wo er sich monatelang von einer (vermutlich) vom Kreml angeordneten Vergiftung erholte – liess ihn (wie auch seine Mitstreiter, von denen viele ebenfalls verhaftet wurden) auch zu einer Art moralischer Instanz werden.

Wie einst Sacharow

Jetzt, da er zu Gefängnishaft verurteilt wurde, ist Nawalyns moralische Geltung auf einer Stufe mit der von Dissidenten aus der späten Sowjetunion wie Andrei Sacharow. Russen, die vor kurzem noch nicht daran dachten, wegen eines moralischen Imperativs eine Verhaftung zu riskieren, gehen jetzt auf die Strasse. Viele von denen, die zu Hause bleiben, verfolgen die Nachrichten über die Proteste und Nawalyns Notlage mit Mitgefühl.

Freilich war Putins Regime schon früher mit Protesten konfrontiert. 2011 und

2012 kam es aufgrund der Ergebnisse der Parlamentswahlen zu Massenprotesten. Doch die Reaktion des Kremls war damals ganz anders; er zerschlug die Demonstrationen nicht derart drakonisch. Ende 2011 gab es sogar Gerüchte, Putin sei zu einem echten Dialog mit der Zivilgesellschaft bereit. Das weckte Hoffnungen, das sein Regime zusammenbrechen könnte.

«Der Kreml ist im Grunde zu einem Bunker geworden.»

Der Zusammenbruch ist nicht eingetreten. Auch diesmal deutet nichts darauf hin, dass der Kreml mit den Demonstranten zu verhandeln gedenkt. Das Kremlviertel und das Viertel des Inlandgeheimdienstes sind von Wachen umzingelt. Polizei und die Nationalgarde haben so viele Demonstranten festgenommen, dass die Haftanstalten aus allen Nähten platzen.

Doch für diejenigen, die Putin gerne stürzen sähen, könnte diese Entwicklung vielversprechender sein als die Ereignisse vor zehn Jahren, denn es zeigt sich, dass der Präsident in die Defensive geraten ist. Der Kreml ist im Grunde zu einem Bunker geworden. Putin, der es in der Vergangenheit nicht für nötig hielt, auf Korruptionsvorwürfe zu reagieren, hat sogar gelehnet, den opulenten Palast am Schwarzen Meer zu besitzen, den Nawalny in einem viralen Video präsentiert hatte.

Diese Veränderung ist Ausdruck der Entwicklungen in Russland seit der Annexion der Krim vor sieben Jahren. Die daraufhin verhängten Sanktionen des Westens haben die russische Wirtschaft schrittweise ausgehöhlt. Weil staatliche Eingriffe in die Wirtschaft für die Aufrechterhaltung eines autokratischen Regimes unerlässlich sind – ein Ansatz, der fast zwangsläufig mit versuchter Preisregulierung endet –, folgte bald die politische Erosion (wie in der späten Sowjetunion).

Im heutigen Russland gestaltet sich die Wirtschaftspolitik immer primitiver: Man sammelt Geld von den Steuerzahlern ein und gebe es für die Wünsche Putins und seiner Kumpane aus, wie etwa für Strafverfolgung und Bürokratie. Das bedeutet mächtige Sicherheitsdienste und Bereitschaftspolizisten, die junge Leute auf der Strasse jagen und verprügeln. Es bedeutet Richter, die dem Kreml genehme Urteile fällen. Es bedeutet einen massiven bürokratischen Apparat mit Millionen von öffentlich Bediensteten, die gedankenlos die Linie des Kreml nachbeten.

Weniger wichtig ist offenbar eine funktionierende Wirtschaft. Seit dem Einmarsch in die Ukraine haben private und ausländische Investoren das Interesse verloren. Angesichts eines kaum über null liegenden Wirtschaftswachstums sind die Realeinkommen seit 2014 um 10,6% gesunken. Die russische Regierung meldet für 2020 einen Rückgang des BIP um 3,1%, allerdings in Rubel, der jedoch von Tag zu Tag schwächer wird. Gemessen in Dollar

lag das russische BIP im Jahr 2020 um 10% unter dem Wert des Jahres 2019.

Ökonomen sagen, der Rubel sei wegen «politischer Faktoren» unterbewertet. Aber genau diese Faktoren hat der Kreml selbst herbeigeführt. Putins völlige Ablehnung nicht nur der Demokratisierung und der wirtschaftlichen Liberalisierung, sondern jedes Versuchs einer Modernisierung hat die Wirtschaft in die Knie gezwungen.

Russlands Rechtssystem ist nicht mehr glaubwürdig. Die Universitäten verlieren ihren intellektuellen Elan, weil das Lehrpersonal sich selbst diszipliniert und Aktivisten unter den Studenten ausgeschlossen

«Seit dem Einmarsch in die Ukraine haben private und ausländische Investoren das Interesse verloren.»

sen werden. Sogar mit der staatlichen Bürokratie geht es bergab. Wenn das Aussenministerium keine gedeihlichen Verhandlungen mit dem Westen führen kann, wozu ist es dann gut? Besteht sein einziger Zweck darin, plumpe Propaganda im stalinistischen Stil zu verbreiten?

Dieser institutionelle Verfall ist Ausdruck des Ausmasses, in dem Putins Regime – moralisch, politisch und technologisch – überholt ist. An den Wänden der Polizeiwachen hängen Porträts von Gen-

rich Jagoda, dem Direktor des gefürchteten Chefs der sowjetischen Geheimpolizei NKWD. In der Ausstellungshalle des Rosatom-Gebäudes – Russlands Agentur für Atomenergie – ist die Errichtung einer Statue Lawrents Berias geplant. Er war nach Stalin die furchterregendste Figur der russischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Gestern kontra morgen

Während sich der Staat an die Vergangenheit klammert, modernisiert sich die russische Gesellschaft. Darin liegt der eigentliche Konflikt im heutigen Russland: Überholtes und Modernes konkurrieren um die Herzen und den Verstand der einfachen Russen. In diesem Krieg wird es keine Zugeständnisse geben.

Die Behörden glauben, mit der Inhaftierung Nawalyns werde sein Einfluss beschränkt. Doch sie haben genau das Gegenteil erreicht und seine Beliebtheit sogar bei denjenigen verstärkt, die ihn zuvor nicht besonders mochten. Nawalny genießt enorme Unterstützung bei jungen Menschen, besonders bei den 18- bis 24-Jährigen. Mit anderen Worten: Putin beginnt den Kampf um künftige Generationen an Nawalny zu verlieren. Die Proteste haben die russische Politik zu einer Entweder-oder-Frage werden lassen. Man ist entweder für Nawalny oder für Putin.

Andrei Kolesnikow ist Senior Fellow am Moskauer Carnegie Center. Copyright: Project Syndicate.